

# Wege zum Frieden

## Fakten aus dem „Krieg gegen Kinder“-Bericht von Save the Children

In den letzten drei Jahrzehnten ist die Zahl der Kinder, die in Konfliktgebieten aufwachsen, sprunghaft angestiegen, und auch die Zahl der Angriffe, denen sie jeden Tag ausgesetzt sind, hat zugenommen.

### Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- **Mehr als jedes sechste Kind** – rund 473 Millionen – lebte 2023 in einem Konfliktgebiet.
- Die Anzahl der betroffenen Kinder hat sich in den vergangenen 30 Jahren fast verdoppelt: Mitte der 1990er Jahre lebten weltweit etwa 10 Prozent der Kinder in Konfliktgebieten. Im Jahr 2023 waren es 19 Prozent.
- **Afrika und der Nahe Osten sind am stärksten betroffen:** In Afrika lebten 2023 in absoluten Zahlen die meisten Kinder in Konfliktgebieten. Setzt man die Anzahl der betroffenen Kinder jedoch ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, war der Nahe Osten am gefährlichsten: Hier lebte mehr als jedes dritte Kind in einem Konfliktgebiet.
- **Immer mehr Verbrechen an Kindern:** Im Jahr 2023 wurden 31.721 schwere Verbrechen an Kindern in Konflikten dokumentiert und bestätigt – ein Anstieg um 15 Prozent gegenüber 2022. Dies entspricht 86 Verbrechen pro Tag. Die Dunkelziffer ist vermutlich weit höher. Der höchste Anstieg wurde im Sudan und in den besetzten Palästinensischen Gebieten verzeichnet.
- **Tötung und Verstümmelung am häufigsten:** Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um 31 Prozent auf 11.338 Fälle zu verzeichnen. Das bedeutet, dass durchschnittlich 31 Kinder pro Tag verletzt werden – ungefähr so viele Kinder wie in eine Schulklasse gehen. Mehr als ein Drittel der Opfer waren Kinder in den besetzten Palästinensischen Gebieten.
- **Humanitärer Zugang wird zunehmend erschwert:** Die Zahl der Vorfälle, in denen humanitären Organisationen der Zugang zu notleidenden Menschen verweigert wurde, erlangte 2023 einen historischen Höchststand; es waren 5.158 Fälle. 3.250-mal geschah dies allein in den besetzten Palästinensischen Gebieten – die höchste Zahl, die jemals in einem Konfliktgebiet verzeichnet wurde.
- **Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser haben dramatisch zugenommen:** 2023 wurde die höchste Zahl dieser Angriffe in den letzten zehn Jahren erfasst: 2.414. Fast die

Hälfte aller Angriffe auf Krankenhäuser fanden in den besetzten Palästinensischen Gebieten statt. Die Ukraine verzeichnete die meisten Angriffe auf Schulen.

Staaten tragen eine besondere Verantwortung dafür, Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen. Doch sie tun bei weitem nicht genug, um dem gerecht zu werden. Unsere Analyse zeigt: Trotz völkerrechtlicher Verpflichtungen und Erklärungen mangelt es an politischem Engagement und konkreten Maßnahmen. Die Umsetzung starker rechtlicher und politischer Abkommen zum Schutz von Kindern in Konflikten hinkt oft hinterher. Es gibt zwar Fortschritte, etwa bei der Dokumentation und Rechenschaftspflicht von schweren Kinderrechtsverletzungen. Gleichzeitig konterkarieren einige Staaten die Bemühungen zum Schutz von Kindern, unter anderem indem sie Waffen an Konfliktparteien liefern, die für schwere Verbrechen an Kindern in Konflikten verantwortlich sind.

Zudem wird weltweit deutlich mehr ins Militär investiert. Die Gelder für Frieden und Konfliktprävention hingegen fehlen. Dabei wären sie wichtig, um Kinder besser zu schützen und eine friedlichere Welt für alle Menschen zu ermöglichen.

Save the Children fordert alle Verantwortlichen auf ...

- Pläne für langfristigen Frieden und Konfliktprävention zu priorisieren,
- das Humanitäre Völkerrecht und Standards einzuhalten,
- die Verantwortlichen für Verbrechen an Kindern in Konflikten zur Rechenschaft zu ziehen,
- Kinder in Konfliktgebieten gezielt zu unterstützen und Resilienz zu fördern,
- den humanitären Zugang und die Maßnahmen der humanitären Hilfe zu schützen,
- Kindern zuzuhören und sie in Friedensbemühungen einzubeziehen.

## Zur Methodik des Berichts

Save the Children stützt sich bei dem Bericht auf Daten des „Peace Research Institute Oslo“ (PRIO) und des Uppsala Conflict Data Program's Georeferenced Event Dataset (UCDP GED) sowie auf eigene Analysen der Berichte des UN-Generalsekretärs zu Kindern und bewaffneten Konflikten (UN CAAC) von 2005 bis 2023. Anders als in den UN-Berichten wurden zusätzlich verifizierte Fälle der militärischen Nutzung von Krankenhäusern und Schulen bei den Verbrechen gegen Kinder aufgenommen. Es handelt sich bei den Zahlen um Schätzungen, außer bei der Zahl der dokumentierten Verbrechen an Kindern.

Unter einem Konfliktgebiet versteht der Bericht den Bereich im Radius von 50 Kilometern um einen Ort, an dem in einem Jahr mindestens ein Konfliktereignis stattfand, also eine Einzelsituation mit Toten – entweder durch die Auseinandersetzung zwischen bewaffneten Gruppen oder durch einen Anschlag auf die Zivilbevölkerung durch eine oder mehrere Gruppen.

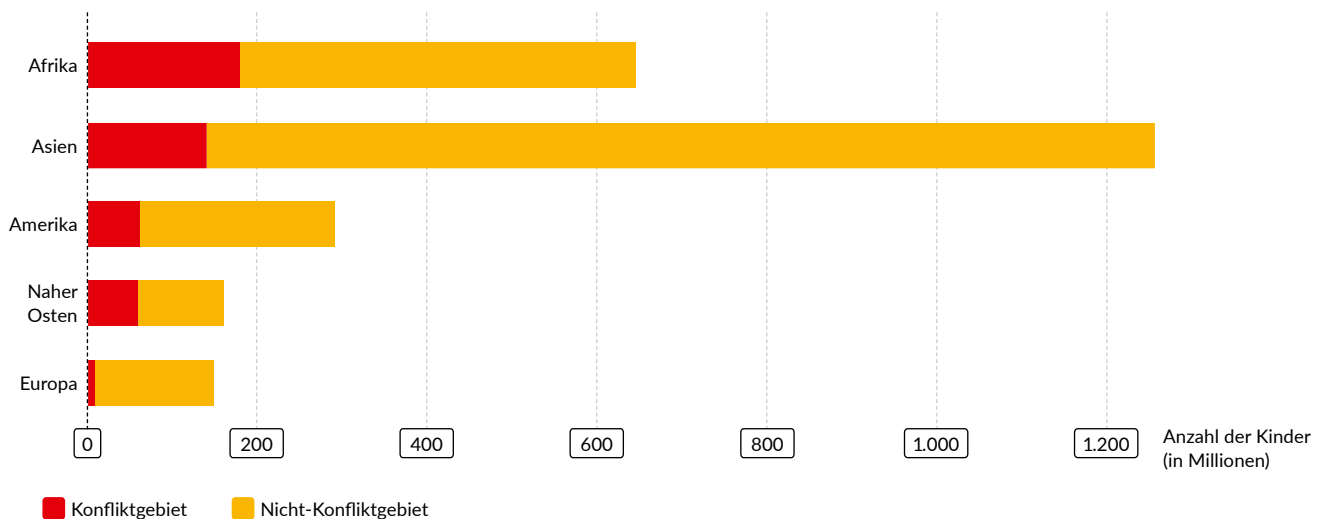
Der vollständige Bericht ist hier zu lesen: [www.savethechildren.de/krieg-gegen-kinder-24](http://www.savethechildren.de/krieg-gegen-kinder-24)

## Wie viele Kinder leben in Konfliktregionen?

Im vergangenen Jahr gab es 59 Konflikte, an denen Staaten beteiligt waren. Das ist die höchste Zahl seit 1946, dem Jahr, in dem die Erhebung dieser Daten begann. Mehr als jedes sechste Kind – rund 473 Millionen – lebte 2023 in einem Konfliktgebiet. Die letzten drei Jahre waren die gewalttätigsten seit dem Ende des Kalten Krieges. Es gab einen starken Anstieg von Todesopfern, dies ist vor allem auf die Kriege in Tigray (Äthiopien), in der Ukraine und im Gazastreifen zurückzuführen.

In Afrika lebten in absoluten Zahlen die meisten Kinder in Konfliktgebieten. Setzt man die Anzahl der betroffenen Kinder jedoch ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, ist der Nahe Osten am gefährlichsten: Hier lebte mehr als jedes dritte Kind in einem Konfliktgebiet.

### Regionale Verteilung



Zahl der Kinder, die im Jahr 2023 in Konfliktgebieten lebten

# Verbrechen an Kindern in Konflikten

Der UN-Sicherheitsrat legte vor 25 Jahren sechs Kategorien von Verbrechen an Kindern in Konfliktgebieten fest. Seit 2005 werden sie über ein Monitoring- und Reporting-System dokumentiert und überprüft – mit dem Ziel, Verbrechen und Verantwortliche zu identifizieren und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Dokumentiert werden ausschließlich Taten, die von Konfliktparteien begangen werden. Die Dunkelziffer ist überall hoch. Die Zahlen zeigen daher nur die Spitze des Eisbergs.

Unsere Analyse der UN-Daten zeigt, dass die Zahl der schweren Verbrechen gestiegen ist. Mehr noch: Mit 31.721 Fällen war sie seit der ersten Dokumentation noch nie so hoch wie im Jahr 2023. Das entspricht durchschnittlich 86 Verbrechen pro Tag.

Besonders hoch ist der Anstieg von Fällen, in denen Kinder zu Tode kamen oder verstümmelt wurden, sowie jenen, in denen der humanitäre Zugang verweigert wurde.

Die meisten Verbrechen wurden im Sudan und in den besetzten Palästinensischen Gebieten verzeichnet. Doch auch in der Demokratischen Republik Kongo, Somalia, Myanmar, Nigeria, Afghanistan und Syrien finden sich viele Fälle, die von der UN dokumentiert wurden.

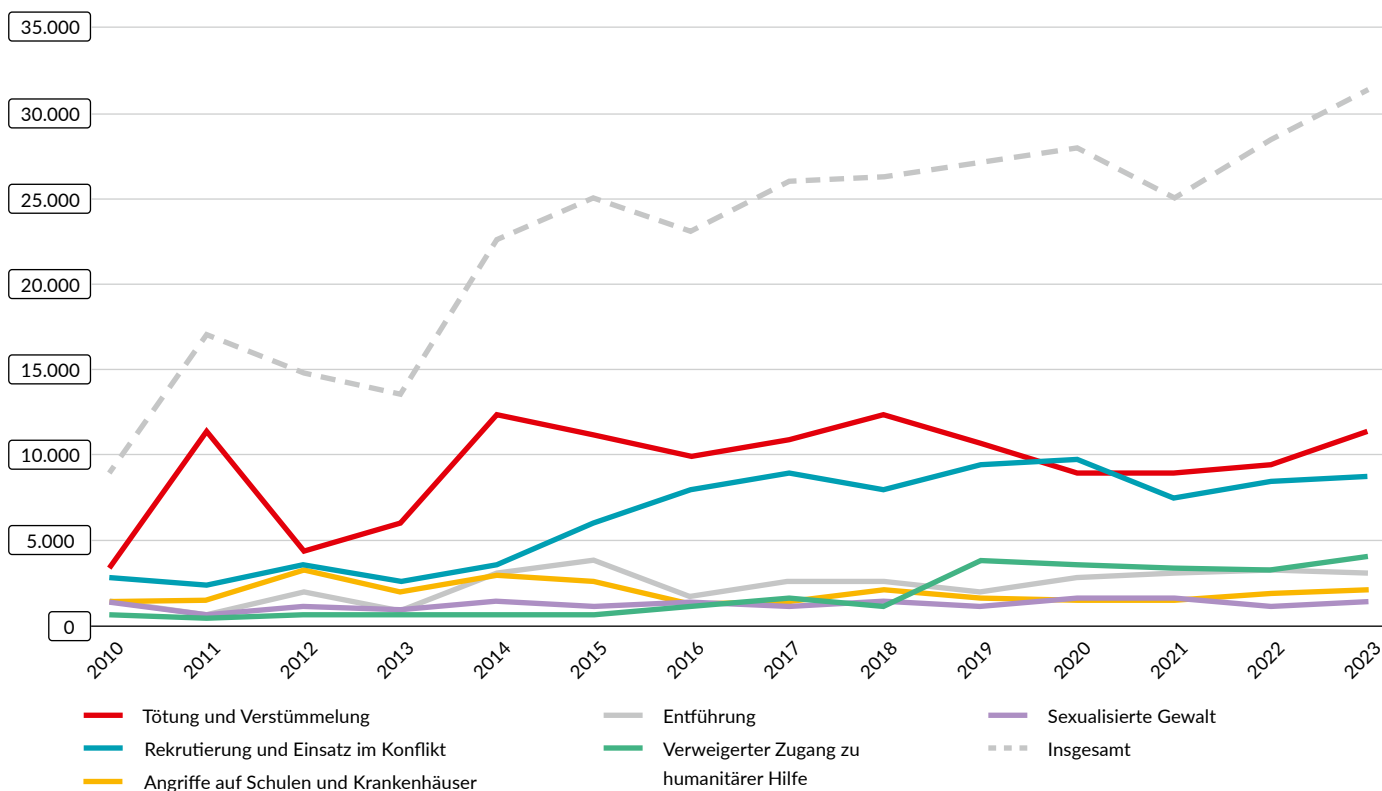
## Unterschiede zwischen den Geschlechtern

Jungen werden besonders häufig von bewaffneten Gruppen rekrutiert, um zu kämpfen oder für sie zu arbeiten. Sie kommen zudem häufiger zu Tode oder erleiden Verstümmelungen. Sexualisierte Gewalt erfahren hingegen fast ausschließlich Mädchen – sie treffen 98 Prozent der dokumentierten Fälle. Alle Kinder leiden zudem unter den mentalen Folgen der Verbrechen, die sie erleben.

## Kinder mit Behinderungen

Eines von zehn Kindern weltweit lebt mit einer Behinderung – und 16 Prozent davon sind auf bewaffnete Konflikte, etwa auf den Einsatz von Explosivwaffen, zurückzuführen. Diese Kinder sind in Konflikten einem höheren Risiko ausgesetzt, zum Beispiel, weil sie im Fall von Evakuierungen meist nicht schnell fliehen können. Dennoch wird ihre Situation oft nicht ausreichend in den Blick genommen.

## Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten



Die Entwicklung der sechs schweren Verbrechen an Kindern in den vergangenen Jahren  
(Analyse der UN-Berichte zu Kindern und bewaffneten Konflikten 2010 bis 2023 durch Save the Children)

---

## Tötung und Verstümmelung von Kindern

11.338 Kinder wurden im Jahr 2023 getötet oder verstümmelt. Das sind im Durchschnitt 31 Kinder pro Tag – und gleichzeitig 31 Prozent mehr als im Vorjahr.

In den besetzten Palästinensischen Gebieten und im Sudan haben diese Verbrechen am stärksten zugenommen. 43 Prozent aller dokumentierten und überprüften Todesfälle betrafen Kinder in den besetzten Palästinensischen Gebieten. Es ist davon auszugehen, dass es noch viele weitere Fälle gibt, da die Verifizierung von Zahlen aus dem Gazastreifen besonders schwierig ist.

---

## Rekrutierung von Kindern und deren Einsatz durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen

7.751 Kinder wurden von bewaffneten Gruppen rekrutiert und in Konflikten eingesetzt. Das ist ein leichter Anstieg gegenüber 2022. Besonders häufig geschah dieses Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo, in Myanmar, Syrien, Mali und Somalia. Sehr alarmierend sind die Zahlen aus Myanmar: Hier stieg die Rekrutierung um 340 Prozent innerhalb eines Jahres.

---

## Entführung von Kindern

Im Jahr 2023 wurden im Vergleich zum Vorjahr etwas weniger Kinder in Konflikten entführt. Die Zahlen blieben jedoch in der Demokratischen Republik Kongo mit 870 bestätigten Fällen, in Nigeria mit 859 Fällen und in Somalia mit 719 Fällen außerordentlich hoch.

---

## Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser

Im vergangenen Jahr wurden 2.414-mal Schulen und Krankenhäuser angegriffen – mehr als je zuvor in den letzten zehn Jahren. Von 714 Angriffen auf Krankenhäuser in allen von den Vereinten Nationen überwachten Konflikten fanden mit 326 fast die Hälfte in den besetzten Palästinensischen Gebieten statt. Die meisten Angriffe auf Schulen wurden in der Ukraine verzeichnet. Auch in Myanmar fanden viele dieser Verstöße gegen das Völkerrecht statt.

---

## Sexualisierte Gewalt gegen Kinder

Im vergangenen Jahr war jede dritte Person, die in Konflikten sexualisierte Gewalt erlebte, ein Kind. 1.226-mal wurde dieses Verbrechen – fast ausschließlich an Mädchen – verübt. Die Zahlen zeigen einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

---

## Verweigerter Zugang zu humanitärer Hilfe

Nie zuvor wurde Kindern so oft der Zugang zu humanitärer Hilfe verweigert: Die UN dokumentierten 5.158 Fälle im Jahr 2023. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es 3.931. Allein in den besetzten Palästinensischen Gebieten geschah dies 3.250-mal. Das ist die höchste Zahl, die es seit Beginn der Erhebung je in einem Konflikt gab.

Doch auch im Sudan, der Ukraine und Myanmar wurde der Zugang zu humanitärer Hilfe im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr deutlich häufiger verweigert. Zuvor führten der Jemen (2020 und 2021) und Afghanistan (2022 und 2023) die traurige Statistik an.

Wenn der Zugang zu humanitärer Hilfe blockiert wird, bedeutet dies zum Beispiel Gewalt und Drohungen gegen humanitäre Teams. So verloren im vergangenen Jahr 280 Menschen, die helfen wollten, ihr Leben. Damit war es das tödlichste Jahr in der Geschichte für humanitäre Helfer\*innen. Aber auch der Diebstahl von Hilfsgütern und Fälle, in denen der Weg für die Hilfe wortwörtlich versperrt wird, zählen zu diesem Verbrechen.

# Wege zum Frieden

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Länder in bewaffnete Konflikte involviert wie heute. Diesen Befund können wir nicht tatenlos hinnehmen. Frieden zu schaffen, ist nicht nur moralisch geboten, sondern auch faktisch unerlässlich.

Im Jahr 2023 wurden mehr als 2,2 Billionen Euro für militärische Zwecke ausgegeben. Es ist der größte Anstieg innerhalb eines Jahres seit 2009. Gleichzeitig sanken die Investitionen in Friedensmaßnahmen und Konfliktprevention. Weniger Kriege würden daher nicht nur mehr Frieden bringen. Die frei werdenden Mittel würden auch mehr Investitionen in eine gerechtere Welt für alle Menschen ermöglichen.

## Forderungen von Save the Children

Staaten stehen in einer besonderen Verantwortung, Kinder in Konfliktgebieten vor schweren Verbrechen zu schützen und Verantwortliche für Kinderrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Save the Children ruft Regierungen weltweit zu folgenden Maßnahmen auf:

---

### Frieden und Konfliktprevention priorisieren

- Staaten sollten der Stärkung internationaler Zusammenarbeit, Friedensdiplomatie und einer regelbasierten internationalen Ordnung Vorrang einräumen. Dies sollte mit langfristigen Strategien und Budgets zur Konfliktprevention und Friedensförderung einhergehen.
- Zudem sollten sie Maßnahmen fördern, die die zugrundeliegenden Ursachen von Konflikten adressieren. Dazu gehören unter anderem Bildungs- und Schutzprogramme sowie Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt, Armutsbekämpfung sowie jene, die auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte einzahlen.
- Der Verkauf, Export und die Lieferung von Waffen und anderen Rüstungsgütern, einschließlich Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, an Konfliktparteien müssen transparenter werden und daran gekoppelt sein, dass internationale Abkommen eingehalten werden. Wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass Rüstungsgüter dazu verwendet werden, Völker-, Menschen- oder Kinderrechtsverletzungen zu begehen, sollte der Handel unverzüglich ausgesetzt oder beendet werden. Zudem sollten alle Staaten das Internationale Waffenhandelsabkommen (ATT, Arms Trade Treaty) unterzeichnen, ratifizieren und implementieren.
- Alle Staaten sollten internationale Abkommen, die auf den Schutz von Kindern und der Zivilbevölkerung in Konflikten einzahlen – darunter das Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen, das Übereinkommen über Streumunition sowie den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) –, unterzeichnen und ratifizieren.

---

### Humanitäres Völkerrecht und Standards einhalten

- Staaten müssen alle ihnen möglichen Maßnahmen ergreifen, um den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht und anderen internationalen Abkommen zu gewährleisten, und dies von allen Konfliktparteien ausnahmslos einfordern.
- Zudem sollten sie alle politischen Erklärungen und Maßnahmen, um Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen – darunter die Safe Schools Declaration und die Erklärung zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Wirkungen von Explosivwaffen (EWIPA) – unterzeichnen, anwenden und konkrete Maßnahmen umsetzen.
- Kinder sollten vor der Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen geschützt werden und entsprechende Übereinkommen umgesetzt werden. Kinder, die in Verbindung zu bewaffneten Gruppen stehen, sollten in erster Linie als Kinder betrachtet und in ihren Rechten geschützt werden.

---

### Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen

- In internationalen und nationalen Rechenschaftsmechanismen sollte die Untersuchung und Verfolgung von Verbrechen an Kindern priorisiert werden, unter anderem durch die Einbindung von geschlechtssensibler und kinderspezifischer Expertise.
- Das Mandat der UN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten sollte diplomatisch und finanziell unterstützt werden.

- Bestehende Mechanismen zur Dokumentation von schweren Verbrechen an Kindern in Konflikten sollten gestärkt und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden.

---

## **Kinder in Konfliktgebieten gezielt unterstützen und Resilienz fördern**

- Geber und Regierungen müssen anerkennen, dass Kinderschutzmaßnahmen lebenswichtig sind, und diese dementsprechend politisch und finanziell priorisieren.
- Mehrjährige und flexible Finanzierungen für Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Bildung in Krisen sollten ausgeweitet werden.
- Kinderschutz sollte sektorübergreifend integriert und als Querschnittsaufgabe in die Programmplanung einbezogen werden.
- Staaten und internationale Organisationen sollten den im Rahmen des Grand Bargain eingegangenen Verpflichtungen nachkommen. Demnach sollen mindestens 25 Prozent der Mittel für humanitäre Hilfe direkt oder so direkt wie möglich an lokale und nationale Organisationen vergeben werden.

---

## **Schutz des humanitären Zugangs und der Maßnahmen der humanitären Hilfe**

- Staaten sollten durch direktes und indirektes Engagement auf Konfliktparteien einwirken, um sicherzustellen, dass Kinder und andere Zivilist\*innen zu jeder Zeit sicheren Zugang zu humanitärer Hilfe haben.
- Zudem müssen sich Staaten für eine prinzipienbasierte humanitäre Hilfe stark machen und der Politisierung von humanitärer Hilfe entgegenwirken.
- Auch Sanktionen und Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung dürfen nicht verhindern, dass Hilfe diejenigen erreicht, die sie benötigen. Dies erfordert unter anderem die vollständige Umsetzung der Resolution 2664 des UN-Sicherheitsrats.

---

## **Kindern zuhören und sie in Friedensbemühungen einbeziehen**

- Kinder sollten systematisch in Friedensprozesse, Initiativen zur Konfliktprävention und in die Entwicklung von Strategien und Programmen zu ihrem Schutz einbezogen werden.
- Es sollte sichergestellt sein, dass Kinder uneingeschränkt und aktiv an allen globalen, regionalen und nationalen Foren beteiligt werden, in denen es um ihre Rechte und ihre Zukunft geht.